

Kurzdossier:
**COVID-19 und
die Welt der Arbeit**

JUNI 2020

Dieses Kurzdossier entstand mit Unterstützung
einer Reihe von Institutionen der Vereinten Nationen
unter Federführung der Internationalen Arbeitsorganisation.



Das Urheberrecht verbleibt bei den Vereinten Nationen.

Inhalt

ZUSAMMENFASSUNG	2
1. IM GLOBALEN KONTEXT: DIE WELT DER ARBEIT VOR COVID-19	5
2. DIE AUSWIRKUNGEN VON COVID-19 AUF DIE WELT DER ARBEIT	7
3. GRUNDSATZPOLITISCHE EMPFEHLUNGEN	16
SCHLUSSFOLGERUNGEN	27

Zusammenfassung

Die COVID-19-Pandemie hat die Welt der Arbeit auf den Kopf gestellt. Sie hat weltweit dramatische Auswirkungen auf die Arbeitsplätze, Existenzgrundlagen und das Wohlergehen von Beschäftigten und ihren Familien sowie auf die Unternehmen, insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe. Während manche Wirtschaftszweige den Umstieg auf den Onlinebetrieb erfolgreich gemeistert haben und als wegweisend für spannende Innovationen in der Welt der Arbeit gelten können, haben Millionen von Beschäftigten ihre Existenzgrundlage verloren und viele weitere könnten noch folgen – insbesondere die vielen Frauen, die in den von der Krise besonders hart getroffenen Branchen tätig sind. Wie bei so vielen Aspekten dieser Pandemie sind diejenigen, die bereits davor zu kämpfen hatten und einen weiteren Schlag am schlechtesten verkraften können, überproportional betroffen.

Die notwendigen Maßnahmen zur Milderung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie bringen erhebliche Folgewirkungen für die Gesellschaften und die Volkswirtschaften mit sich. Mitte Mai waren 94 % der weltweiten Arbeitnehmerschaft in ihrem jeweiligen Land von Betriebsschließungen der ein oder anderen Art betroffen.¹ Für das zweite Quartal 2020 wird ein massiver Rückgang an Arbeitsstunden vorhergesagt, dessen Größenordnung 305 Millionen Vollzeit-arbeitsplätzen entspricht. Stark gefährdet sind zudem die rund 38 % der Arbeitskräfte – rund 1,25 Milliarden Menschen – in den von der Pandemie besonders hart getroffenen Branchen².

Diese Entwicklungen wirken sich auf verschiedene Bevölkerungsgruppen und Länder sehr unterschiedlich aus, je nachdem, welche Ungleichheiten schon vorher bestanden und welche Maßnahmen von der jeweiligen Regierung ergriffen werden. Die Menschen, die – häufig ohne Rechte bei der Arbeit und ohne Sozialschutz – in der informellen Wirtschaft tätig sind, büßten allein im ersten Monat der Krise sechzig Prozent ihres Einkommens ein. Mehr als 40 % der in den weltweit am härtesten getroffenen Wirtschaftszweigen Tätigen sind junge Menschen. Da bei vielen auch die Bildung und Ausbildung unterbrochen wurde, laufen sie Gefahr, zur „Lockdown-Generation“ zu werden, die die Folgen der Krise noch lange spüren wird. Frauen sind besonders häufig in massiv betroffenen Branchen beschäftigt, etwa im Dienstleistungsbereich, im Gast- und Hotelgewerbe oder im Fremdenverkehr. Darüber hinaus sind sie zusätzlich belastet, weil wirtschaftliche Tätigkeiten in den häuslichen Bereich verlagert wurden, wo Frauen den Großteil der zunehmenden unbezahlten Betreuungsarbeit stemmen.³ Die kleinen und mittleren Unternehmen – der Motor der Weltwirtschaft – leiden immens unter der Krise und werden sie vielfach womöglich nicht überstehen. So wie dies auch für alle anderen Aspekte der Krise gilt, sind jene, die in Entwicklungsländern und in fragilen Verhältnissen leben, wieder einmal am schlimmsten betroffen oder am wenigsten gewappnet.

Die Aussichten für die nächste Zeit geben Anlass zur Sorge. Viele derjenigen, die in den letzten Monaten ihren Arbeitsplatz und ihre Existenzgrundlage verloren haben, werden den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit

nicht schaffen. Das gilt insbesondere für Frauen, denn sie sind aufgrund geschlechtsspezifischer Diskriminierung und prekärer Arbeitsbedingungen wie niedriger Löhne, der höheren Belastung durch Pflege- und Betreuungsarbeit und der Alternativkosten der Berufstätigkeit, insbesondere angesichts des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, sowie eines erschwerten Zugangs zur formellen Wirtschaft unverhältnismäßig oft die ersten, die entlassen, und die letzten, die wieder eingestellt werden. Auch für Menschen mit Behinderungen, die auf dem Arbeitsmarkt vorher schon ausgegrenzt wurden, wird es voraussichtlich schwieriger werden, im Zuge der Wirtschaftserholung wieder Beschäftigung zu finden.

Auch die langfristigen Auswirkungen sind beunruhigend. Die genannten Herausforderungen werden sich gravierend auf die Anstrengungen zur Verringerung von Armut und Ungleichheit auswirken und die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele noch stärker gefährden. Außerdem besteht die Gefahr, dass dadurch **die in der Arbeitswelt lodernde Unzufriedenheit und Angst weiter angeheizt** wird. Trotz aller Verheißungen hat die Globalisierung – das wahrscheinlich prägendste Merkmal der Weltwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten – nicht immer allen Menschen und allen Volkswirtschaften Vorteile gebracht. In vielen Ländern hat das Einkommensgefälle seit den 1980er-Jahren stark zugenommen. 2017 war die globale Lohnquote gegenüber 2014 von 53,7 % auf 51,4 % gesunken, während der Anteil des Kapitals an den Einkommen stieg⁴. Vor Ausbruch der Krise lebten 7,1 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in extremer Armut.⁵ Die Wahrscheinlichkeit, eine Beschäftigung zu finden, war für Frauen nur knapp halb so hoch wie für Männer. Gleichzeitig waren sie in schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen ohne Schutzbestimmungen überproportional vertreten. 267 Millionen junge Menschen waren ohne Beschäftigung und befanden sich nicht in einer Schul- oder Berufsausbildung.⁶

In 107 Ländern wurde Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Recht verwehrt, Gewerkschaften zu gründen oder ihnen beizutreten.⁷

Gleichzeitig macht die Krise deutlich, wie sehr die Volkswirtschaften und Arbeitsmärkte voneinander abhängen. Diese Interdependenz gilt es künftig neu zu definieren, damit eine inklusive und nachhaltigere Welt für alle entstehen kann.

COVID-19 hat außerdem bestimmte Trends beschleunigt, insbesondere die Digitalisierung und die Verlagerung hin zur Telearbeit, und dabei in einigen Fällen eine vielversprechende, durch mehr Flexibilität und Nachhaltigkeit gekennzeichnete Zukunft eingeläutet. Jedoch **wuchs zugleich auch die Angst vor den sich abzeichnenden nachteiligen Auswirkungen der neuen Technologien auf die Zukunft der Arbeit**, weil die der Vierten Industriellen Revolution zugrundeliegenden technologischen Innovationen, wie etwa die Netzwerktechnik, Massendaten, der 3D-Druck, künstliche Intelligenz und Robotik, das Wesen der Arbeit von Grund auf verändern und drohen, die vorhandene Kluft und bestehende Ungleichheiten weiter zu verstärken.

Angesichts all dieser Entwicklungen besteht die Gefahr, dass die massive Arbeitslosigkeit und die Einkommensverluste infolge der Pandemie den sozialen Zusammenhalt noch weiter schwächen und sowohl im Norden als auch im Süden zu einer gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Destabilisierung von Ländern führen werden.

Politische Maßnahmen

Dieses Kurzdossier beleuchtet die drastischen Folgen der COVID-19-Pandemie in einer ohnehin bereits prekären Arbeitswelt und bietet praktische Empfehlungen dafür, wie wir gestärkt aus der Krise hervorgehen können. Weltweit löst die Pandemie Schmerz, Leid und Angst in gewalti-

gem Ausmaß aus. Arbeitnehmerschaft und Unternehmertum blicken gleichermaßen einer besonders ungewissen Zukunft entgegen. Wenn wir jedoch auf allen Ebenen klug und zeitnah handeln und dabei eine menschenwürdige und produktive Beschäftigung als vorrangiges Ziel verfolgen und die Agenda 2030 als Kompass nutzen, kann es uns gelingen, gemeinsam gestärkt aus der Krise hervorzugehen, mit besseren Arbeitsplätzen und einer gerechteren und grüneren Zukunft vor Augen. Um die Auswirkungen dieser Krise auf die Beschäftigten und die Unternehmen zu minimieren, haben Regierungen, Sozialpartner und internationale Organisationen eine Reihe mutiger Schritte unternommen. Beispielsweise haben mehr als 170 Länder insgesamt 9 Billionen US-Dollar für Konjunkturpakete bereitgestellt. **Aufbauend darauf und mit dem Ziel, den Übergang zu einer inklusiveren, nachhaltigeren und widerstandsfähigeren Welt voranzutreiben, sollten proaktiv und in großem Maßstab politische Maßnahmen in den folgenden drei Bereichen umgesetzt werden.**

1. SOFORTHILFE FÜR GEFÄHRDETE BESCHÄFTIGTE, UNTERNEHMEN, ARBEITSPLÄTZE UND EINKOMMEN

Kurzfristig müssen dringend Geschäftsschließungen, Arbeitsplatzverluste und Einkommensrückgänge verhindert werden. Ebenso gilt es, die Verlagerung von Arbeit und Arbeitskräften in den häuslichen Bereich einzudämmen. Die Interventionsmaßnahmen sollten dabei von den vorhandenen Institutionen ausgehen und die Arbeitnehmerschaft sowie die Unternehmen in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung lenken, um so einen Aufschwung herbeizuführen, der uns nachher besser und gefestigter dastehen lässt als zuvor.

2. EIN UMFASSENDES KONZEPT FÜR DIE RÜCKKEHR AN DEN ARBEITSPLATZ

Die Bekämpfung der Pandemie und das Wiederhochfahren der Wirtschaft sind keine konkurrierenden Prioritäten. Ganz im Gegenteil:

Sie müssen Hand in Hand miteinander gehen. Die Rückkehr an den Arbeitsplatz bedeutet nicht, dass wir die Gesundheit der Beschäftigten nicht mehr schützen oder die hart erkämpften Erfolge bei der Eindämmung des Virus aufgeben. Gleichzeitig bedeutet Gesundheitsschutz nicht, dass die Unternehmen und die Wirtschaft gezwungen werden, im Stillstand zu verharren. Die politischen Maßnahmen sollten ein Nebeneinander der verschiedenen Maßnahmen sicherstellen. Wichtige Entscheidungen werden einen ganzheitlichen Ansatz verlangen. So sollte etwa bei Entscheidungen über die Wiederöffnung von Schulen berücksichtigt werden, dass sich Betreuungsfragen eventuell nachteilig auf die Rückkehr von Frauen an den Arbeitsplatz auswirken können.

3. SCHAFFUNG MENSCHENWÜRDIGER UND PRODUKTIVER ARBEITSPLÄTZE ALS BASIS FÜR EINE UMWELTFREUNDLICHE, INKLUSIVE UND KRISENFESTE WIRTSCHAFTSERHOLUNG

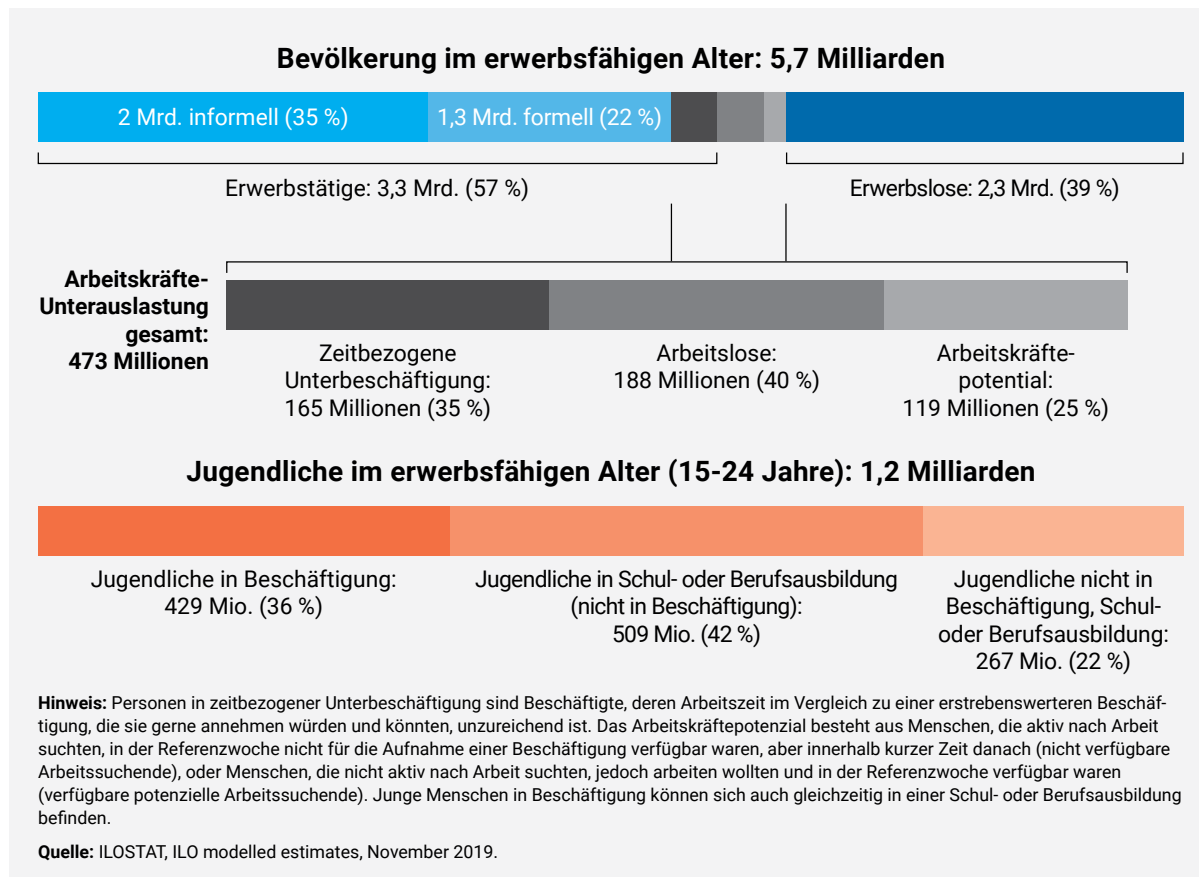
Die Welt der Arbeit wird nach der Krise nicht mehr so aussehen wie vorher, und das sollte sie auch nicht. Die von der Krise offengelegten Schwächen und Bruchlinien müssen angegangen werden. Wir müssen auf globaler, regionaler und nationaler Ebene koordiniert vorgehen, um menschenwürdige und produktive Arbeitsplätze für alle als Grundlage einer umweltfreundlichen, inklusiven und krisenfesten Wirtschaftserholung zu schaffen. Dabei sind demografische Veränderungen in alternden Gesellschaften ebenso zu berücksichtigen wie der Übergang zu einem klimaneutralen Wirtschaften, wofür sich weite Teile der Bevölkerung bereits vor dem Ausbruch der Krise vermehrt engagiert haben. Die jetzt getroffenen Entscheidungen und ihre Auswirkungen werden das Leben heutiger und kommender Generationen von Grund auf bestimmen.

1. Im globalen Kontext: Die Welt der Arbeit vor COVID-19⁸

Die Welt der Arbeit vor COVID-19 war mit Ungleichheiten und Problemen durchsetzt.⁹ Nur 57 % der Menschen im erwerbsfähigen Alter (3,3 Milliarden, davon 1,3 Milliarden Frauen und 2,0 Milliarden Männer) hatten eine Beschäftigung, 188 Millionen waren arbeitslos.¹⁰ Die Mehrheit derjenigen, die einen Arbeitsplatz hatten, war in der informellen Wirtschaft beschäftigt, meist ohne Rechte bei der Arbeit, ohne Sozial-

schutz und mit niedrigen Löhnen, die sie in der Armutsfalle gefangen hielten. So waren etwa 85 % der afrikanischen Arbeitnehmerschaft informell beschäftigt, ebenso wie die Mehrheit der Menschen in Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten. Bei Frauen waren informelle Beschäftigungsverhältnisse besonders häufig (62 %); in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich waren sie sogar überwiegend anzu-

ABBILDUNG 1: KENNZAHLEN FÜR DEN GLOBALEN ARBEITSMARKT VOR COVID-19



treffen. Das Missverhältnis zwischen vorhandenen und auf dem Arbeitsmarkt gefragten Qualifikationen war weltweit ein verbreitetes Problem. Unfreiwillige Zeitarbeit und Teilzeitarbeit sowie neue Arbeitsformen verzeichneten einen Anstieg und führten zu einem Gefühl erhöhter Unsicherheit unter der Arbeitnehmerschaft und bei den Unternehmen, insbesondere den Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen (KKMU).

Einige Bevölkerungsgruppen waren besonders benachteiligt. Das nächste Kapitel geht darauf ein, wie sich COVID-19 auf diese Gruppen ausgewirkt hat.

So war etwa **vor Ausbruch der Krise die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen rund dreimal so hoch wie unter Erwachsenen.**¹¹ Mehr als drei Viertel der jungen Arbeitnehmerschaft weltweit waren vor Beginn der Krise im informellen Sektor beschäftigt. Bei den Erwachsenen (25 Jahre und älter) waren es hingegen 60 %. Weltweit übten 267 Millionen oder etwa ein Fünftel der jungen Menschen weder eine Beschäftigung aus noch

absolvierten sie eine Schul- oder Berufsausbildung. Für Frauen in Ländern mit niedrigerem mittlerem Einkommen belief sich dieser Wert auf beinahe 40 %.¹²

Menschen mit Behinderungen waren vor der Krise überall auf der Welt mit erheblicher Ausgrenzung konfrontiert: Die Beschäftigungsquote für Menschen mit Behinderungen ab einem Alter von 15 Jahren war nur knapp halb so hoch wie die für Menschen ohne Behinderungen. Erwerbstätige Menschen mit Behinderungen verdienten oft weniger als Menschen ohne Behinderungen. Ein weiteres Hindernis bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen war der Mangel an barrierefreien Arbeitsplätzen und angemessenen Vorkehrungen für sie. Die Sozialschutzsysteme der meisten Länder bieten Menschen mit Behinderungen und ihren Familien nur wenig Unterstützung – weltweit erhalten nur 28 % der Menschen mit erheblichen Behinderungen Invaliditätsrenten, in den Ländern mit niedrigem Einkommen ist es sogar nur 1 %.

2. Die Auswirkungen von COVID-19 auf die Welt der Arbeit

Die Politikverantwortlichen reagierten entschlossen auf COVID-19 und ergriffen die notwendigen Maßnahmen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und Leben zu retten und zu schützen. Ausgangsbeschränkungen und andere restriktive Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie hatten verheerende Folgen, sowohl für

bereits schwächelnde Arbeitsmärkte als auch für die Produktion und den Konsum.

Insgesamt 94 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit waren in ihren jeweiligen Ländern von Betriebsschließungen der ein oder anderen Art betroffen (Abbildung 2).

ABBILDUNG 2: BESCHÄFTIGUNGSZAHLEN IN LÄNDERN MIT BETRIEBSSCHLIESSUNGEN

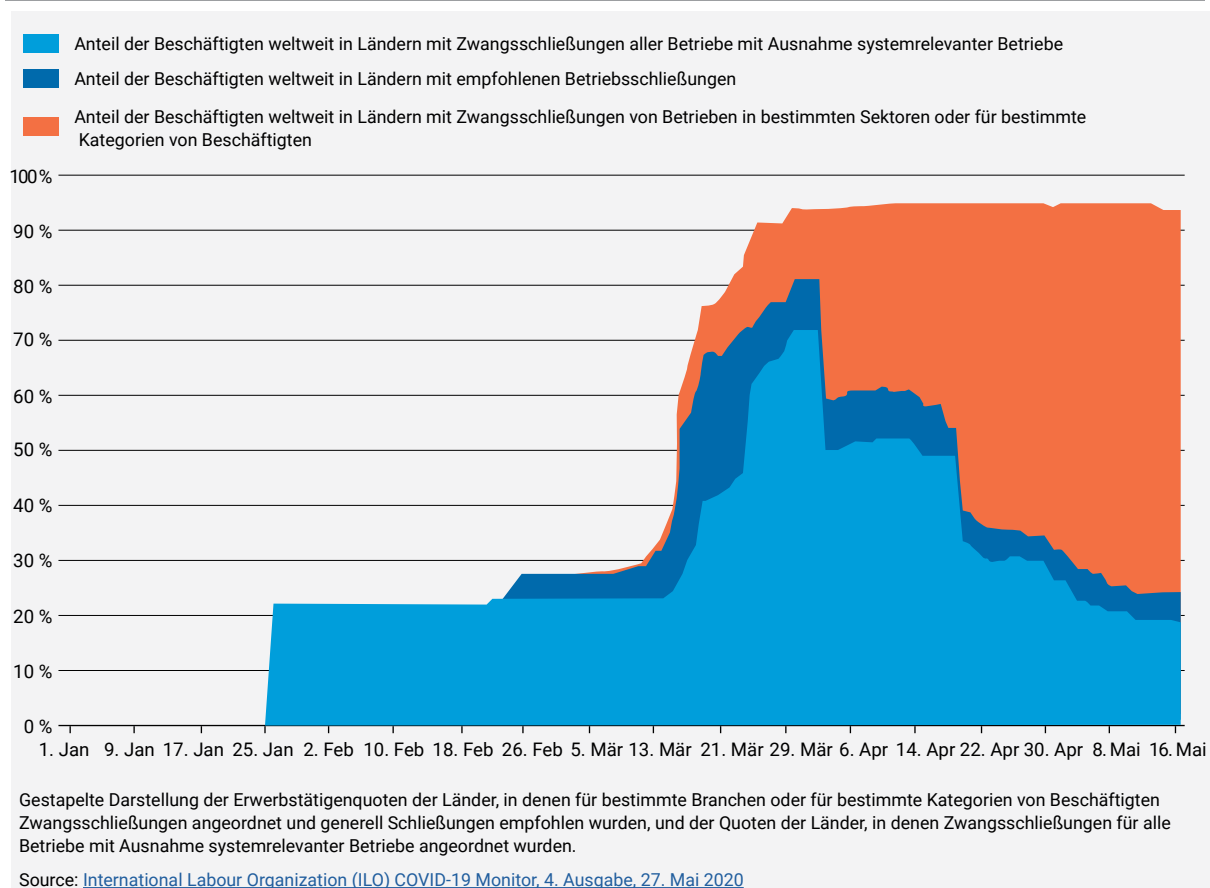
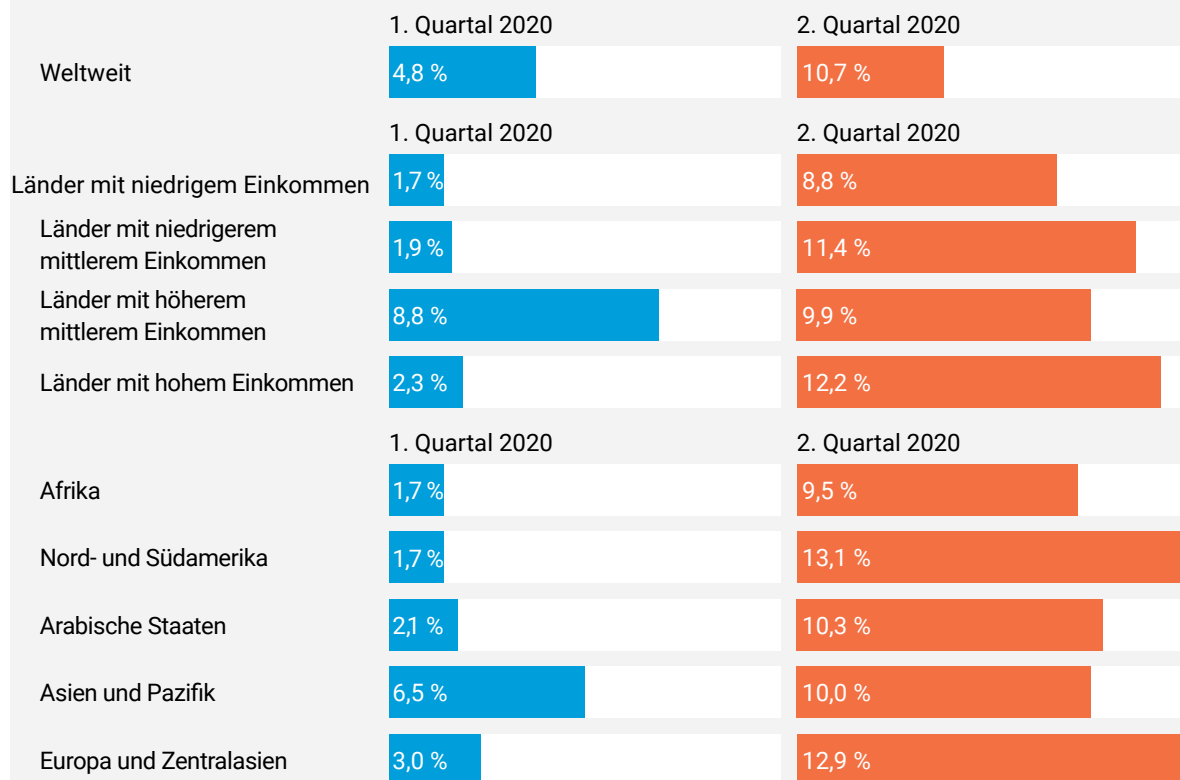


ABBILDUNG 3: ERHEBLICHER RÜCKGANG DER ARBEITSSTUNDEN IM ERSTEN UND ZWEITEN QUARTAL 2020

Geschätzter Rückgang der Gesamtarbeitsstunden in Prozent gegenüber dem Vorkrisenniveau (4. Quartal 2019, saisonbereinigt)



Quelle: [International Labour Organization \(ILO\) COVID-19 Monitor, 4. Ausgabe, 27. Mai 2020](#)

Der Handel, ausländische Direktinvestitionen und die weltweiten Lieferketten werden derzeit immer wieder unterbrochen, was sich verheerend auf die Produktionsprozesse und die damit verbundenen Arbeitsplätze auswirkt. Wo soziale Sicherungssysteme schwach oder nicht vorhanden sind, stehen Millionen Menschen ohne Einkommen da. Die Arbeitslosigkeit schnell in vielen Ländern bereits in die Höhe. Schätzungen der IAO zufolge gab es bei den Arbeitsstunden in allen Ländern und Regionen im zweiten Quartal 2020 einen dramatischen Rückgang um 10,7 % gegenüber dem letzten Quartal 2019. Das entspricht 305 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen (ausgehend von einer Arbeitswoche von 48 Stunden).¹³









































Die Pandemie hat Ungleichheiten und Risse im gesellschaftlichen Gefüge offengelegt, die die verwundbarsten und am stärksten marginalisierten Gruppen schwer treffen.¹⁴ Infolgedessen werden mehrdimensionale Armut und Ungleichheit voraussichtlich stark zunehmen.¹⁵ Nach revidierten Schätzungen der Weltbank könnte die Zahl der in Armut lebenden Menschen von 632 Millionen im Jahr 2019 um 70-100 Millionen steigen – das wäre der erste Anstieg der Armut seit 1998.¹⁶ Die Zahl derjenigen, die trotz Arbeit der Armut nicht entkommen können, wird voraussichtlich um bis zu 35 Millionen steigen.¹⁷

TABELLE 1: GEFÄHRDETE ARBEITSPLÄTZE – AUSSICHTEN NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Wirtschaftszweig	Aktuelle Gefährdung der Wirtschaftsleistung durch die Krise ↓	Ausgangslage Beschäftigung (weltweite Schätzungen für 2020 vor COVID-19)			
		Beschäftigungsstand (in 1000)	Anteil Beschäftigung weltweit (in Prozent)	Lohnquote (durchschn. branchenspezifisches Monatseinkommen/ durchschn. Gesamteinkommen)	Anteil der Frauen (in Prozent)
Erziehung und Unterricht	gering	176560	5,3	1,23	61,8
Gesundheits- und Sozialwesen	gering	136244	4,1	1,14	70,4
Öffentliche Verwaltung und Verteidigung; gesetzliche Sozialversicherung	gering	144241	4,3	1,35	31,5
Ver- und Entsorgungsleistungen	gering	26589	0,8	1,07	18,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	gering - mittel*	880373	26,5	0,72	37,1
Baugewerbe	mittel	257041	7,7	1,03	7,3
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	mittel	52237	1,6	1,72	47,1
Bergbau	mittel	21714	0,7	1,46	15,1
Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie Erbringung sonstiger Dienstleistungen	mittel - hoch*	179857	5,4	0,69	57,2
Verkehr, Lagerei und Kommunikation	mittel - hoch*	204217	6,1	1,19	14,3
Beherbergung und Gastronomie	hoch	143661	4,3	0,71	54,1
Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmens- und Verwaltungstätigkeiten	hoch	156878	4,7	0,97	38,2
Verarbeitendes Gewerbe	hoch	463091	13,9	0,95	38,7
Groß- und Einzelhandel, Kfz-Instandhaltung und -Reparatur	hoch	481951	14,5	0,86	43,6

Quelle: [International Labour Organization \(ILO\) Monitor: COVID-19 and the world of work, 3. Ausgabe, 29. April 2020](#). * - bezeichnet Wirtschaftszweige, deren Untersektoren unterschiedlich stark beeinträchtigt waren. So waren etwa Teile des verarbeitenden Gewerbes stark betroffen (z.B. die Autoindustrie in Europa), andere weniger.

ABBILDUNG 4: GESCHLECHTSSPEZIFISCHE UNTERSCHIEDE BEI DEN AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE INFORMELLE WIRTSCHAFT

Welt		Stark gefährdete Branchen	Stark bis mäßig gefährdete Branchen	Mäßig gefährdete Branchen	Mäßig bis gering gefährdete Branchen	Gering gefährdete Branchen
Erhebliche Auswirkungen	Männer	 32	 12	 16	 39	2
	Frauen	 42	 11	 2	 40	4
Länder mit hohem Einkommen		Stark gefährdete Branchen	Stark bis mäßig gefährdete Branchen	Mäßig gefährdete Branchen	Mäßig bis gering gefährdete Branchen	Gering gefährdete Branchen
Erhebliche Auswirkungen	Männer	 47	 17	 23	 7	6
	Frauen	 51	 18	 5	 5	22
Länder mit höherem mittleren Einkommen		Stark gefährdete Branchen	Stark bis mäßig gefährdete Branchen	Mäßig gefährdete Branchen	Mäßig bis gering gefährdete Branchen	Gering gefährdete Branchen
Erhebliche Auswirkungen	Männer	 39	 13	 17	 29	2
	Frauen	 56	 14	 2	 25	4
Länder mit niedrigerem mittleren Einkommen		Stark gefährdete Branchen	Stark bis mäßig gefährdete Branchen	Mäßig gefährdete Branchen	Mäßig bis gering gefährdete Branchen	Gering gefährdete Branchen
Erhebliche Auswirkungen	Männer	 31	 12	 15	 40	2
	Frauen	 37	 9	 3	 49	3
Länder mit niedrigem Einkommen		Stark gefährdete Branchen	Stark bis mäßig gefährdete Branchen	Mäßig gefährdete Branchen	Mäßig bis gering gefährdete Branchen	Gering gefährdete Branchen
Erhebliche Auswirkungen	Männer	 17	 7	 8	 67	1
	Frauen	 28	 10	 2	 60	1

Quelle: [International Labour Organization \(ILO\) Monitor: COVID-19 and the world of work, 3. Ausgabe, 29. April 2020](#)

Branchenspezifische Risiken

Weltweit sind ca. 38 % der Erwerbsbevölkerung – rund 1,25 Milliarden Menschen – in Branchen beschäftigt, die unter der Krise besonders stark leiden (Tabelle 1). Diese Branchen sind arbeitsintensiv und bieten Beschäftigung für Millionen häufig geringbezahlter und geringqualifizierter Arbeitskräfte. Die vier Bereiche, in denen die

Auswirkungen der Pandemie und des Produktionsrückgangs auf die Beschäftigten am drastischsten ausfielen, sind Gastronomie und Beherbergung (144 Millionen Beschäftigte), der Einzel- und Großhandel (482 Millionen), Unternehmensdienstleistungen und -verwaltung (157 Millionen) und das verarbeitende Gewerbe (463 Millionen).

Tourismusbezogene Tätigkeiten tragen in vielen Regionen wesentlich zum BIP und zur Beschäftigung bei. Direkt oder indirekt entfallen etwa 10 % aller Arbeitsplätze auf den Tourismus.¹⁸

Seit Beginn der Corona-Krise ist der internationale Tourismus mehr oder weniger zum Erliegen gekommen. Der Großteil der Arbeitskräfte ist in Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt, die unverhältnismäßig stark von der Krise getroffen wurden.¹⁹ Weltweit stellen Frauen die Mehrheit der Beschäftigten im Fremdenverkehr, insbesondere im Niedriglohnsegment.

In Tabelle 1 und Abbildung 4 sind die Branchen ausschließlich auf Grundlage der aktuellen Beeinträchtigung (das heißt in den Frühphasen der Krise) klassifiziert. Im Lauf der Zeit wird die Beeinträchtigung in einigen dieser Wirtschaftszweige jedoch zunehmen. Die **Landwirtschaft** etwa bietet mehr als 1 Milliarde Menschen weltweit eine Existenzgrundlage und bildet in vielen Ländern mit niedrigem Einkommen mit 60,4 % der Arbeitsplätze nach wie vor das Rückgrat der Wirtschaft. In manchen Ländern macht sie bis zu zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts aus. Aufgrund länger anhaltender Störungen im Handel und in den Lieferketten besteht in diesem Sektor die Gefahr, dass Arbeitsplätze und Existenzgrundlagen verlorengehen, mit verheerenden Auswirkungen auf die ohnehin bereits hohen Armutsquoten in ländlichen Gebieten.²⁰

Die höchsten **Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz** bestehen für diejenigen Beschäftigten, die in systemrelevanten Produktions- und Dienstleistungsbranchen tätig sind und weiterhin arbeiten, häufig ohne Einhaltung des erforderlichen Sicherheitsabstands, ohne Schutzausrüstung und andere Arbeitsschutzmaßnahmen. Diese an vorderster Front tätigen Arbeitskräfte verdienen die besondere Aufmerksamkeit der Regierungen, damit sie bestmöglich geschützt werden.

Am schwersten trifft es die Beschäftigten in der informellen Wirtschaft²¹

Die in der informellen Wirtschaft Beschäftigten sind von den Folgen der Beschränkungsmaßnahmen besonders betroffen. Schätzungen zufolge ist ihr Einkommen im ersten Monat der Krise weltweit um 60 % (etwa 80 % in Afrika und Lateinamerika) gesunken. Die relative Armut, definitionsgemäß der Anteil der Arbeitenden, deren Monatsverdienst bei unter 50 % des Medianverdiensts der Bevölkerung liegt, wird unter den informell Beschäftigten weltweit voraussichtlich um nahezu 34 Prozentpunkte zunehmen. Diese drastischen Auswirkungen auf das Einkommen informell Beschäftigter sollten im Zusammenhang mit ihren erhöhten Gesundheits- und Sicherheitsrisiken betrachtet werden – ihre Arbeit erfordert engen Kontakt im Team oder mit der Kundschaft, ohne dass angemessene Schutzvorkehrungen wie Masken oder Handdesinfektionsmittel gegeben wären.

Darüber hinaus sind in vielen Entwicklungsländern vor allem Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen im informellen Sektor angesiedelt. Da der Übertritt in die formelle Wirtschaft mittels einer Unternehmensregistrierung für diese Unternehmen selbst in den besten Zeiten schwierig ist, werden viele von ihnen die angebotenen Hilfspakete nicht in Anspruch nehmen können.

Betreuungsarbeit

Die im Betreuungs- und Pflegebereich Beschäftigten – zu 60 bis 70 % Frauen – sind eine besonders verwundbare Gruppe. Ihre Löhne sind niedrig, ihre Anstellung ist häufig informell und ihre Arbeit wenig anerkannt.²² Viele haben ihre Arbeit verloren oder sind in erhöhtem Maße

Gesundheitsrisiken ausgesetzt (zum Beispiel Pflegepersonal für ältere Menschen, da bei dieser Arbeit ein Abstandhalten nicht möglich ist).

Die unbezahlte Betreuungsarbeit, die schon vor der Krise dreimal häufiger von Frauen als von Männern geleistet wurde, hat während der pandemiebedingten Einschränkung des öffentlichen Lebens zugenommen, was Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt zusätzlich erschwert und sie körperlich und psychisch noch stärker zu belasten droht. Zudem müssen weibliche Betreuungskräfte, die versuchen, die hinzugekommenen häuslichen Pflichten und die geforderten langen Arbeitsschichten zu vereinbaren, einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der durch diese Krise verursachten gesellschaftlichen Belastungen schultern.²³

Gefährdete Unternehmen

Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen sind deswegen besonders schwer von der Krise betroffen, weil sie aufgrund ihrer Größe verwundbarer und weniger resilient sind. Über 50 % der kleinen und mittleren Unternehmen in den OECD-Ländern könnten in den kommenden Monaten gezwungen sein, den Betrieb einzustellen.²⁴ Wenn KKMU, die in vielen Ländern das Rückgrat der Wirtschaft bilden und die meisten Arbeitsplätze stellen, in großer Zahl gezwungen sind aufzugeben, wird das nicht nur erhebliche Auswirkungen auf die nationalen Volkswirtschaften und globalen Wachstumsaussichten haben, sondern auch auf die Wahrnehmungen und Erwartungen im Allgemeinen. Sogar der Finanzsektor, der aufgrund notleidender Portfolios bereits auf die Probe gestellt werden könnte, wird die Auswirkungen spüren. In einigen Ländern könnte eine Verschlechterung der Finanzlage der KKMU systemische Auswirkungen auf den gesamten Bankensektor nach sich ziehen.²⁵

Rund 47 Millionen beziehungsweise etwa 54 % aller Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber weltweit sind in den am schwersten getroffenen Wirtschaftszweigen tätig, nämlich im verarbeitenden Gewerbe, der Beherbergung und Gastronomie, dem Groß- und Einzelhandel sowie dem Grundstücks- und Wohnungswesen und den Unternehmensdienstleistungen²⁶, die im Durchschnitt insgesamt mehr als 30 % des BIP ausmachen.²⁷ Weitere 389 Millionen Arbeitskräfte sind in diese vier Bereichen auf eigene Rechnung tätig. Zählt man die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und die auf eigene Rechnung tätigen Arbeitskräfte zusammen, sind rund 436 Millionen Betriebe weltweit den am schwersten getroffenen Wirtschaftszweigen zuzurechnen.²⁸

Kleinen wirtschaftlichen Einheiten kommt überall auf der Welt eine wichtige Rolle zu, da sie viele Arbeitsmöglichkeiten schaffen, insbesondere in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen²⁹ und speziell auch für Frauen³⁰. Gleichzeitig haben sie jedoch häufig keinen Zugang zu Darlehen, verfügen nur über geringe Vermögenswerte und profitieren kaum von allgemeinen fiskalpolitischen Maßnahmen und den aktuell geschnürten Konjunkturpaketen.

Die am schwersten getroffenen Gruppen

Zusätzlich zu den bereits erwähnten Auswirkungen infolge unbezahlter Betreuungsarbeit sind Frauen in den von der Pandemie beeinträchtigten Dienstleistungsbranchen wie Einzelhandel, Beherbergung und Gastronomie sowie im Bereich der Hausarbeit überrepräsentiert. **Insgesamt ist nun die Arbeit nahezu der Hälfte aller Frauen, die vor der Krise einen Arbeitsplatz hatten, stark gefährdet.** Diese Benachteiligung stellt eine Besonderheit der Corona-Krise dar

und ist darauf zurückzuführen, dass Frauen so zahlreich in den Dienstleistungsbranchen vertreten und diese von den Beschränkungen am schwersten getroffen sind. Dies gilt insbesondere für Nordamerika und Europa, wo mehr Frauen als Männer in gefährdeten Wirtschaftszweigen beschäftigt sind. Diesen Gegebenheiten sollte bei den Notfall- und Wiederaufbaumaßnahmen Rechnung getragen werden.

Junge Menschen sind von Krisen generell unverhältnismäßig stark betroffen, und für die aktuelle Krise gilt dies ganz besonders. Vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie arbeiteten 178 Millionen oder mehr als 40 % der erwerbstätigen Jugendlichen weltweit im Groß- und Einzelhandel, im verarbeitenden Gewerbe, der Beherbergung und Gastronomie und anderen Dienstleistungsbereichen, wie etwa dem Grundstücks- und Wohnungswesen, und somit in den besonders krisengebeutelten Branchen. Die Schul- und Berufsausbildung der Jugendlichen wird schwer beeinträchtigt³¹. Die jüngsten Daten zur Erwerbsbevölkerung zeigen, dass die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen, insbesondere jungen Frauen, rascher gestiegen ist als unter Erwachsenen im besten Erwerbsalter. Daher ist das Risiko hoch, dass eine ganze Generation entsteht, die infolge der vorübergehenden Stilllegung des öffentlichen Lebens dauerhaft benachteiligt sein wird. Bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie etwa fiskal- und geldpolitische Maßnahmen, Rettungspakete und Steuererleichterungen, Moratorien für Hypotheken oder der Erlass von Zinszahlungen für Studien- und Geschäftsdarlehen sind nicht auf die spezifischen Bedürfnisse junger Menschen ausgerichtet.

Ältere Menschen sehen sich durch das Virus in ihrem Leben und ihrer Sicherheit bedroht, aber auch in ihrem sozialen Netz, ihrem Zugang zu Gesundheitsdiensten, ihrer Altersrente und ihrem

Arbeitsplatz.³² Da der Anteil älterer Menschen an der Erwerbsbevölkerung in den letzten drei Jahrzehnten global gesehen um fast 10 Prozent gestiegen ist, sind erhebliche Auswirkungen auf die Einkommen und die Beschäftigung zu erwarten.³³ Der Anstieg entstand in vielen Fällen aus wirtschaftlicher Notwendigkeit, insbesondere weil in vielen Entwicklungsländern weniger als 20 % der älteren Menschen im Rentenalter eine Altersrente erhalten. Der Verlust von Arbeitsmöglichkeiten wird daher zu einer Zunahme der Altersarmut führen.³⁴

Flüchtlinge und Arbeitsmigrantinnen und -migranten leiden ganz besonders unter den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Sie sind häufig in Bereichen konzentriert, in denen Zeitarbeit, informelle Arbeit oder ungeschützte Arbeit mit niedrigen Löhnen und fehlender sozialer Sicherung weit verbreitet sind, unter anderem im Pflegebereich.³⁵ Für viele Migrantinnen und Migranten wirkt sich der Verlust des Arbeitsplatzes nicht nur direkt auf ihre eigene Einkommenssituation aus, sondern zieht auch rückläufige Heimatüberweisungen nach sich. Bei Verlust ihres Visums, ihrer Arbeitserlaubnis oder ihrer Aufenthaltsgenehmigung oder ausbleibender Verlängerung dieser Papiere wird es für sie noch schwerer, ihre Arbeit wieder aufzunehmen.³⁶ Flüchtlinge wiederum haben häufig damit zu kämpfen, dass sie keinen legalen Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Finanzdienstleistungen und Darlehen haben, nicht in die nationalen Sozialschutzmaßnahmen einbezogen sind und nur über eingeschränkte Bewegungsfreiheit verfügen. Für viele Flüchtlinge bedeutet der Einkommensverlust, dass sie ihre Grundbedürfnisse nicht mehr decken können.

Weltweit gibt es mehr als 67 Millionen **Hausangestellte**. Von ihnen arbeiten 75 % in der informellen Wirtschaft, 80 % sind Migrantinnen

und Migranten und die große Mehrheit sind Frauen. Diesen Menschen kommt eine wichtige Rolle dabei zu, die Gesundheit und Sicherheit der Familien und Haushalte zu gewährleisten, für die sie Tätigkeiten wie Putzen und Kochen oder die Betreuung von Kindern, Kranken und älteren Menschen übernehmen. Da sie von den Familien, um die sie sich kümmern, keinen Abstand halten können, sind sie einem erhöhten Risiko ausgesetzt, sich mit COVID-19 zu infizieren. Dieses Risiko verschärft sich noch, wenn sie Kranke pflegen, einen weiten Arbeitsweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen müssen oder für mehrere Haushalte arbeiten. Werden Hausangestellte selbst krank, haben viele von ihnen keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Krankengeld oder Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten.³⁷

Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verschlechtern sich auch für viele andere Gruppen, darunter **Menschen mit Behinderungen, Angehörige indigener Völker und Mitglieder benachteiligter ethnischer Gruppen, Flüchtlinge, Binnenvertriebene, Kleinbäuerinnen und -bauern** und andere. Neue Geschäftsmodelle, wie etwa die Plattform- und die Gig-Economy, die durch **atypische Beschäftigungsverhältnisse oder alternative Arbeitsvereinbarungen** gekennzeichnet sind, gehen meist auch mit geringeren Sozialleistungen und geringerem Schutz für die Arbeitskräfte einher. Die enorm große Gruppe **geringbezahlter und geringqualifizierter Arbeitskräfte** ist ebenfalls besonders anfällig. Die Datenlage dazu ist zwar dünn, aber Berichte aus verschiedenen Quellen sowie das Wissen und die Erfahrung aus vergangenen Krisen lassen keinen Zweifel daran, dass die Auswirkungen auf alle genannten Arbeitskräfte verheerend sein werden.

Künftige Risiken

Bei dem krisenbedingten Wirtschaftsschock auf der Angebots- ebenso wie der Nachfrageseite handelt es sich nicht nur um eine kurzfristige Störung des Konjunkturverlaufs. Vielmehr kann sich der Schock zu einer noch nie dagewesenen globalen Rezession auswachsen, mit verheerenden Folgen für die Beschäftigungslage.

Der Übergang von kurzfristigen Auswirkungen zu einer langfristigen Rezession ist das Ergebnis einer Abwärtsspirale (Abbildung 5), die dann einsetzt, wenn Tempo und Umfang der zur Sicherung von Arbeitsplätzen ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen und die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten daraufhin stark ansteigt. In weiterer Folge sinken dann sowohl der Konsum (aufgrund niedrigerer Arbeitseinkommen) als auch die Produktion. Langanhaltende Arbeitslosigkeit beeinträchtigt aufgrund der Qualifikationseinbußen nachhaltig auch das Arbeitskräfteangebot.

Insgesamt führt all das auf globaler Ebene zu einem weiteren Rückgang von Angebot und Nachfrage, was sich äußerst nachteilig auf Armut und Ungleichheit sowie möglicherweise auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirkt (bereits jetzt ist in der Debatte über den wirtschaftlichen Wiederaufbau teilweise eine Polarisierung zu beobachten). In vielen Entwicklungsländern ist zu sehen, dass Armut und Umweltzerstörung eng zusammenhängen.

**ABBILDUNG 5: WIRTSCHAFTLICHE MECHANISMEN UND
DIE NEGATIVE BESCHÄFTIGUNGSSPIRALE**



3. Grundsatzpolitische Empfehlungen

Um die Auswirkungen der tiefsten globalen Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg abzufedern, bedarf es eines zuverlässig koordinierten, zeitnahen und breit angelegten Vorgehens von Regierungen und anderen wichtigen Interessenträgern, einschließlich des Privatsektors.

Die Interventionen werden sich nach dem jeweiligen Stand der Erholung auf dem Weg aus der Krise richten, doch wird es für die Entscheidungstragenden in allen Phasen darum gehen, wie sie mit ihren begrenzten Ressourcen Einkommen sichern, menschenwürdige

KASTEN 1: EINZELSTAATLICHE MASSNAHMEN

Überall auf der Welt haben Länder auf die aktuelle Krise reagiert – oft mit Interventionen in einer beispiellosen Größenordnung. Mehr als 170 Länder haben insgesamt 9 Billionen US-Dollar für Konjunkturpakete bereitgestellt.³⁹ Hier einige innovative Beispiele:

Das von **Pakistan** geschnürte Konjunkturpaket enthält Maßnahmen, mit denen den ärmsten Beschäftigten durch den Aufbau der natürlichen Infrastruktur wieder zu Arbeit verholfen werden soll (das „10 Milliarden Bäume-Projekt“). Mit dem Programm wurden 63.600 Arbeitsplätze geschaffen und ein besonderer Schwerpunkt auf Frauen und junge Menschen gelegt. Viele von ihnen waren aufgrund der Ausgangssperren in den Städten in ländliche Gebiete zu ihren Familien zurückgekehrt.

In **Malaysia** unterstützt die Arbeitslosenversicherung die Arbeitgeber mit Lohnkostenzuschüssen, mit denen sie ihre Angestellten bis zu drei Monate lang weiterbeschäftigen können. Die Unternehmen, die diese Unterstützung in Anspruch nehmen, sind verpflichtet, ihre Angestellten nach Ablauf der dreimonatigen Förderperiode für mindestens sechs Monate weiterzubeschäftigen und ihnen Schulungen anzubieten, etwa zu digitalen Kompetenzen.

Italien hat seine Einkommensbeihilfen ausgeweitet (80 Prozent des Bruttogehalts). Sie stehen nun auch Beschäftigten von Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten, allen Wirtschaftszweigen und Unternehmen mit weniger als 15 Beschäftigten zur Verfügung, die normalerweise keinen Anspruch darauf haben. Auch Selbstständige und externe Auftragnehmer erhalten einen pauschalen Einkommensausgleich.

Spanien bietet Einkommensbeihilfen für Selbstständige, Genossenschaftsmitglieder und Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis vorübergehend ausgesetzt wurde, auch wenn sie unter normalen Umständen keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hätten.

Äthiopien hat Entlassungen und Kündigungen verboten.

Madagaskar hat allen Unternehmen einen Zahlungsaufschub für ihre Sozialversicherungsbeiträge gewährt und verzichtet auf entsprechende Säumniszuschläge.

Ruanda hat die Regeln der gemeindegestützten Krankenversicherung („Mutuelle“) geändert, um den Zugang zu Gesundheitsdiensten zu

KASTEN 1: EINZELSTAATLICHE MASSNAHMEN (Fortsetzung)

vereinfachen und die Wartezeit zwischen der Anmeldung und der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen abzuschaftern.

In **Brasilien** wurden mithilfe einer mobilen Anwendung informell Beschäftigte ermittelt, die in keinem staatlichen Register erfasst sind, aufgrund der COVID-19-Krise jedoch Anspruch auf Unterstützung haben.

Burkina Faso hat Bargeldleistungen für den informellen Sektor eingeführt, um von der Krise betroffenen, informell im Obst- und Gemüsehandel Beschäftigten, insbesondere Frauen, zu helfen.

Cabo Verde hat 30.000 informell Beschäftigte mit einer Einmalzahlung in Höhe von je 100 US-Dollar unterstützt.

Namibia hat formell und informell Beschäftigten, die ihre Arbeit verloren haben, eine einmalige Soforthilfeszahlung gewährt – zusätzlich zu Lohnkostenzuschüssen und verschiedenen Darlehensprogrammen für Beschäftigte.

In den **Philippinen** können informell Beschäftigte, die vorübergehend ihre Existenzgrundlagen verloren haben, an befristeten Beschäftigungsprogrammen zur Desinfektion/Reinigung ihrer Wohnhäuser und der näheren Umgebung teilnehmen. Die Teilnehmenden erhalten Sicherheits- und Gesundheitsschulungen, den Mindestlohn und eine kollektive Mikroversicherung.

In **Chile** hat die Zentralbank interveniert und die Leitzinsen gesenkt, ein Programm für den Anleihekauf angekündigt und die Maßnahmen des Finanzsektors zur Umsetzung angepasster regulatorischer Auflagen koordiniert, um die Ausweitung von Kreditvergaben an Unternehmen sowie Verbraucherinnen und Verbraucher zu ermöglichen.

Kolumbien hat neue Kreditlinien eingeführt, um die Aktivitäten in unterschiedlichen Bereichen zu fördern und kleine und mittlere Unternehmen bei Lohn- und Darlehenszahlungen zu unterstützen, und angekündigt, unter Einkommenseinbußen leidenden Unternehmen Lohnzuschüsse in Höhe von 40 % des Mindestlohns für jeden Beschäftigten zu zahlen.

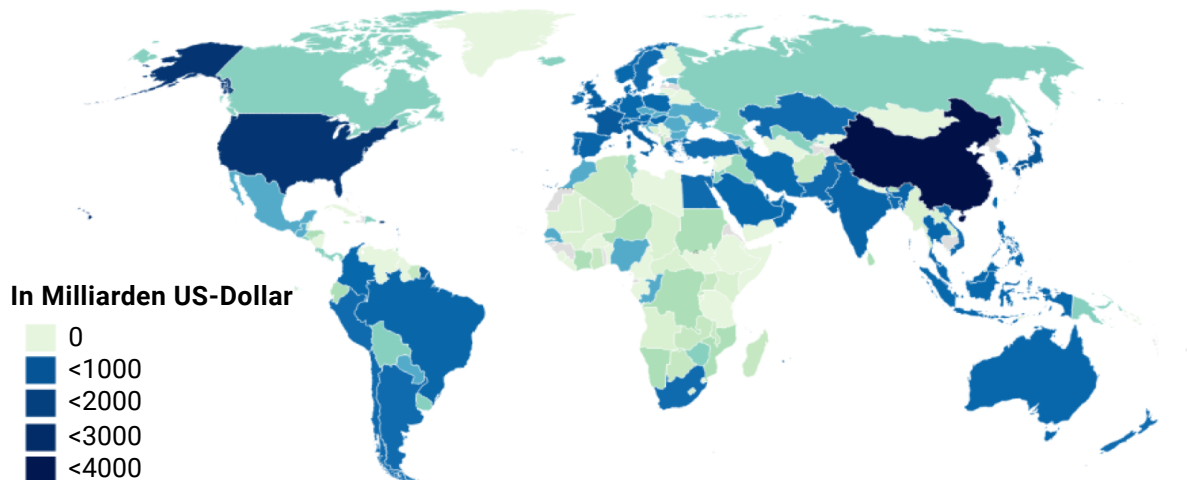
Südafrika hat eine dreigliedrige Corona-Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit folgenden Themen befasst: Maßnahmen zur Anpassung von Arbeitsplätzen, Einrichtung eines Ausgleichsfonds für Sonderurlaub/krankheitsbedingte Fehlzeiten von Beschäftigten und einer Arbeitslosenkasse, Unterstützung für Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten, Verhinderung der Stigmatisierung oder Diskriminierung möglicher Überträger von COVID-19 oder mit dem Virus infizierter Personen, den makroökonomischen Auswirkungen und geeigneten Gegenstrategien sowie der Ernährungssicherung (einschließlich Schulspeisungen).

Deutschland ist es gelungen, eine erhebliche Zahl von Arbeitsplätzen zu erhalten, indem es den Zugang zu seinem bewährten und institutionalisierten Kurzarbeitsprogramm ausgeweitet hat, das das Arbeitsentgelt der Beschäftigten von in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Unternehmen absichert. Die bereits bestehende zuständige Behörde und wirksame Mechanismen sorgten für eine reibungslose und rasche Umsetzung.

Island hat seine Fachministerien gebeten, darzulegen, welchen unterschiedlichen Nutzen Frauen und Männer von potenziellen Investitionen haben könnten. Die Regierung kann diese Informationen im Rahmen ihrer Entscheidungsfindung berücksichtigen und sich so ein besseres Bild von der Gesamtwirkung des Konjunkturpakets auf ihre Geschlechtergleichstellungsziele machen.

ABBILDUNG 6: KONJUNKTURMASSNAHMEN WELTWEIT

Monetärer Gesamtwert der angekündigten Konjunkturmaßnahmen,
einschließlich Ausgabenkürzungen oder Steuersenkungen, Stand: 24. Mai 2020



Quelle: The Oxford COVID-19 Government Response Tracker.

Arbeitsplätze schaffen und erhalten, das soziale und ökologische Gefüge unserer Wirtschaft stärken und den Übergang in eine „bessere Normalität“ bewerkstelligen können – eine Normalität, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, alle einschließt und zugänglich, geschlechtergerecht und nachhaltig ist.

Viele Länder haben durch entschiedenes Handeln bereits eine gute Grundlage geschaffen (siehe Kasten 1). Regierungen und andere Interessenträger müssen darauf aufbauen, indem sie ihre Maßnahmen an drei zentralen Prioritäten und einer Reihe damit zusammenhängender Schritte ausrichten, wie nachstehend beschrieben.

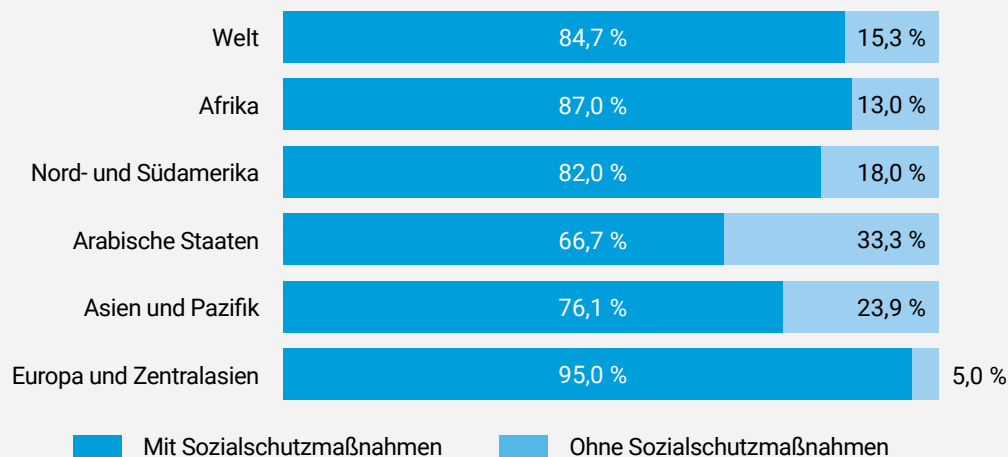
Voraussetzung für alle diese Empfehlungen sind angemessene Haushaltsspielräume. Der Generalsekretär hat Rettungspakete im Umfang von mehr als 10 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts gefordert.³⁸ Dafür müssen die Einnahmen und Ausgaben der Haushalte und ihre Finanzierung sowie die Eventualschulden überprüft werden. Sämtliche Optionen sollten in Erwägung gezogen werden: eine Kürzung

der Militärausgaben, die Verstärkung der Korruptionsbekämpfung, Steuerreformen, Solidaritätsfonds usw. Zur Unterstützung von Entwicklungsländern bedarf es dringend einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit, unter anderem in Form von Liquiditäts- und Finanzhilfen sowie Auslandsschuldenerlass oder Rückzahlungsaufschub. Hohe Defizite bergen zwar Risiken für die Zukunft, aber wenn es gelingt, die weiter oben beschriebene Spirale durch Soforthilfemaßnahmen umzukehren, bleiben die Haushaltskosten beherrschbar.

A. PRIORISIERUNG DER SOFORTHILFE FÜR GEFÄHRDETE BESCHÄFTIGTE, UNTERNEHMEN, ARBEITSPLÄTZE UND EINKOMMEN

Wie oben ausgeführt haben viele Länder rasch auf COVID-19 reagiert und Maßnahmen in beispiellosem Umfang ergriffen – von

ABBILDUNG 7: LÄNDER MIT UND OHNE SOZIALSCHUTZMASSNAHMEN, NACH REGION



Quelle: <https://www.social-protection.org/gimi/ShowWiki.action?id=3417>, zuletzt am 26.05.2020 aktualisiert

Investitionen in das Gesundheitssystem über Bargeldtransfers oder Arbeitslosengeld bis hin zur vorübergehenden Unterstützung von Unternehmen. Diese dringenden Maßnahmen sind nötig, um Betriebsschließungen, den Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommensrückgänge zu vermeiden und so zu verhindern, dass aus der aktuellen Krise eine lange währende Depression wird. Die Interventionsmaßnahmen sollten dabei von den vorhandenen Institutionen ausgehen und sie stärken und Arbeitskräfte sowie Unternehmen in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung lenken, um so einen Aufschwung herbeizuführen, der uns nachher besser und gefestigter dastehen lässt als zuvor.

Die politischen Maßnahmen sollten auf Folgendes abzielen:

- **Ausweitung der sozialen Sicherung und vermehrte Informationsarbeit.**⁴⁰ Zusätzlich zu dem sofortigen und direkten Nutzen für gefährdete Gruppen und für Beschäftigte, die ihr Einkommen bereits verloren haben, können gut konzipierte Sozialschutzmaßnahmen auch zu einem schrittweisen Übergang von

der informellen zur formellen Wirtschaft beitragen. Sie fördern außerdem das Vertrauen zwischen den betroffenen Beschäftigten und den Institutionen und steigern das produktive Potenzial der Arbeitnehmerschaft. Ein besserer Sozialschutz trägt durch Entlastung bei Betreuungspflichten und Absicherung der Beschäftigten im informellen Sektor oder in prekären Arbeitsverhältnissen auch zum Abbau der systemimmanenten, strukturellen Benachteiligung von Frauen bei.

- **Maßnahmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen.** Das häufigste Mittel zu diesem Zweck sind Lohnzuschüsse. Arbeitsplatzzerhaltende Maßnahmen sollten nach Möglichkeit in aktive Arbeitsmarktmaßnahmen eingebunden werden, die so schnell wie möglich und noch während bestehender Einschränkungen des öffentlichen Lebens greifen. Die Maßnahmen sollten darauf abzielen, Verwundbarkeit insbesondere von Frauen, Menschen mit Behinderungen, jungen Menschen, Arbeitsmigrantinnen und -migranten und anderen Gruppen, denen der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt nach einem erzwungenen Aus-

stieg besonders schwerfällt, zu vermeiden und zu verringern.⁴¹ Zudem sollten sie insbesondere dem Kinderbetreuungsbedarf von Familien Rechnung tragen.

- **Erhalt der Geschäftstätigkeit (insbesondere von Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen).** Es bedarf konkreter Schritte, mit denen die Umsetzung von Gesundheitsmaßnahmen unterstützt, Liquidität gesichert, fixe Grundkosten abgedeckt, Darlehen gewährt, Entlassungen verhindert und Anreize für innovative Veränderungen gesetzt werden, beispielsweise durch Anpassungen des Arbeitsplatzes und alternative Arbeitsmodalitäten, Telearbeitsmodelle usw.
- **Vermeidung einer weiteren Schwächung mithilfe geschlechtersensibler, inklusiver, zugänglicher und zielgerichteter Maßnahmen auf der Grundlage eines sozialen Dialogs.** Die Maßnahmen sollten zielgerichtet sein. Formelle und informelle Hürden, die exponierte Gruppen, darunter Menschen im Kontext Flucht und Arbeitsmigration, und insbesondere die Frauen unter ihnen, daran hindern, eine Beschäftigung zu behalten oder Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten zu bekommen, müssen beseitigt werden. Der Dialog zwischen den Regierungen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen und Organisationen, die marginalisierte Gruppen (beispielsweise Menschen mit Behinderungen) vertreten, kann zur Erkennung der Probleme und zur Ausarbeitung annehmbarer Lösungen beitragen. Pflege- und Betreuungsarbeit muss erleichtert werden, etwa durch die Verlängerung der gesetzlich vorgesehenen Dauer der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, der Elternzeit sowie der Einkommensbeihilfen, um Menschen die Selbstisolierung, die Pflege kranker Familienmitglieder oder die Betreuung von Kindern während einer Ausgangssperre zu ermöglichen.⁴²

- **Sofortige Belohnung der Arbeitskräfte, die das System am Laufen halten.** Ohne die systemrelevante Arbeit, die Pflegekräfte, Bereitsteller von Umweltdiensten und andere Arbeitskräfte leisten, würden Wirtschaft und Gesellschaft sofort zusammenbrechen. Kurzfristig könnte eine Belohnung in Form von Prämien oder Überstundenausgleich der Ausbeutung partiell entgegenwirken und in diesen schweren Zeiten, in denen diese Arbeitskräfte oft ihre körperlichen und psychischen Grenzen überschreiten müssen, zu ihrer Motivation beitragen. Solche kurzfristigen Maßnahmen können jedoch kein Ersatz dafür sein, dass dauerhaft etwas getan werden muss, um diesen Arbeitskräften auch nach der Krise die notwendige Anerkennung zukommen zu lassen. Unter anderem sollten Wirtschaftsmodelle auf strukturelle, den Wert der Arbeit verfälschende Ungleichheiten überprüft werden.

B. EIN UMFASSENDER ANSATZ FÜR DIE RÜCKKEHR AN DEN ARBEITSPLATZ

Der unechte Gegensatz zwischen der Rückkehr an den Arbeitsplatz und dem Gesundheitsschutz muss aufgelöst werden. Sobald Ausgangssperren und andere Einschränkungen gelockert werden, müssen auf nationaler und subnationaler Ebene auf der Grundlage eines sozialen Dialogs wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden, um die Unternehmen bei der Wiedereröffnung zu unterstützen und den Beschäftigten eine möglichst sichere und schnelle Wiederaufnahme ihrer Beschäftigung zu ermöglichen. Ohne ausreichende Sicherheitsvorkehrungen könnte es zu einem erneuten Anstieg der Infektionszahlen kommen, wodurch sich die Krise in die Länge ziehen würde. Darüber hinaus müssen Maßnahmen ergriffen werden, um Beschäftigte, die Pflege- und Betreuungsarbeit leisten, insbesondere Frauen, bei der

Erfüllung dieser Aufgaben zu unterstützen. Nicht zweckgebundene Konjunkturmaßnahmen sollten nicht beendet werden, solange sich Wirtschaft und Beschäftigung nicht weitgehend erholt haben. Vergangene Krisen haben uns gelehrt, dass eine verfrühte Umstellung auf eine straffere Haushaltspolitik den Aufschwung untergräbt.

Die politischen Maßnahmen sollten auf Folgendes abzielen:

- **Sichere und barrierefreie Arbeitsplätze.** Um Arbeitsplätze sicher zu gestalten, bedarf es möglicherweise ähnlicher Maßnahmen wie jener, die in der akuten Phase der Gesundheitskrise zum Schutz der systemrelevanten Arbeitskräfte ergriffen wurden. Auch Maßnahmen in, unter anderen, den Bereichen Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, soziale Sicherung, und Nichtdiskriminierung könnten erforderlich sein. Für Menschen mit Behinderungen müssen eventuell andere Regelungen getroffen werden. So könnte ihnen bei der Erlaubnis zur Telearbeit Vorrang gegeben oder eine entgeltliche Freistellung gewährt werden.
- **Achtung der Bedürfnisse und Rechte von Beschäftigten und Arbeitgebern.** Bis die Erholung gesichert ist, stellt die Einführung flexibler Modelle zur Förderung des Erhalts und der Teilung von Arbeitsplätzen eine Möglichkeit dar, den Bedürfnissen der Beschäftigten und der Arbeitgeber gleichermaßen nachzukommen. Ein solider sozialer Dialog⁴³ ermöglicht es beiden Parteien, ihre jeweiligen Bedürfnisse zu ermitteln, insbesondere diejenigen von Frauen und Menschen mit Behinderungen, und ihre Rechte zu verteidigen.
- **Ganzheitlicher Ansatz und gestaffelte Rückkehr in die Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen.** Wenn die Unternehmen und die formelle Wirtschaft den Betrieb wieder

aufnehmen, die Betreuungseinrichtungen und Schulen jedoch geschlossen bleiben, könnte dies Frauen im Hinblick auf den Fortschritt bei ihrer Erwerbsbeteiligung um eine Generation zurückwerfen. Jede Strategie für die Rückkehr an die Arbeitsplätze sollte eine zeitliche Abstimmung mit den Schulöffnungen beinhalten und Maßnahmen zur Minimierung der Auswirkungen vorsehen, etwa in Form einer Unterstützung bei Pflege- und Betreuungsaufgaben.

- **Wirksame Strategien für das Testen und für die Kontaktnachverfolgung. Die Strategie des Testens und der Kontaktnachverfolgung** geht eindeutig mit einer geringeren Beeinträchtigung des Arbeitsmarkts einher. Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation zufolge lässt sich der Verlust von Arbeitsstunden mithilfe von Tests und Kontaktnachverfolgung um bis zu 50 Prozent senken⁴⁴, da die Länder auf diese Weise mit weniger drastischen Maßnahmen auskommen können, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wirtschaftstätigkeit gestärkt und die Wiederaufnahme der Tätigkeiten an den Arbeitsplätzen unterstützt wird.
- **Gut konzipierte und aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, einschließlich öffentlicher Beschäftigungsprogramme.** Eine gut konzipierte und umgesetzte aktive Arbeitsmarktpolitik, einschließlich öffentlicher Beschäftigungsprogramme, die Teil einer breiteren und umfassenderen nationalen Beschäftigungspolitik ist, wird das wichtigste Instrument sein, um die Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, neue Arbeitsplätze zu schaffen und gut ausgebildete Beschäftigte an passende Unternehmen zu vermitteln.

- **Kompetenzaufbau für diejenigen, denen ein unsicherer Umstieg bevorsteht.** Die Veränderungen in der Arbeitswelt, die durch die Krise zu erwarten sind, sowie die Megatrends am Arbeitsmarkt werden einigen Menschen keine andere Wahl lassen, als in neue Branchen und Berufe zu wechseln und sich auf neue Arbeitsformen einzustellen. Sie sollten, während die Erholung voranschreitet, die Möglichkeit zu (Um-)Schulungen, zum Erwerb digitaler Kompetenzen und zur Entwicklung von Fähigkeiten erhalten, die ihnen diesen Umstieg erleichtern.
- **Flexible Beibehaltung alternativer Arbeitsmodalitäten für Risikogruppen.** Älteren Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen, Menschen mit Behinderungen sowie Beschäftigten, die durch die Pandemie bedingte oder bereits zuvor bestehende Betreuungspflichten wahrnehmen, sollte die Teilnahme am Arbeitsmarkt ermöglicht werden, ohne physisch am Arbeitsplatz präsent zu sein.
- **Planung über die kurzfristigen Auswirkungen hinaus.** Alle Maßnahmen sollten von Beginn an so umgesetzt werden, dass der Weg für menschenwürdige Arbeitsplätze, eine klimaresistente Wirtschaftserholung und einen inklusiveren und geschlechtersensibleren Arbeitsmarkt geebnet wird, um so eine nachhaltige Entwicklung und krisenfeste Gesellschaften zu gewährleisten. Die Internationale Arbeitsorganisation hat dafür Leitlinien erarbeitet.⁴⁵

C. MENSCHENWÜRDIGE UND PRODUKTIVE ARBEITSPLÄTZE FÜR EINE UMWELTFREUNDLICHE, INKLUSIVE UND KRISENFESTE WIRTSCHAFTSERHOLUNG

Die Welt der Arbeit wird nach der Krise nicht mehr so aussehen wie vorher, und das sollte sie auch nicht. Einige Veränderungen sind bereits zu erkennen: Die Sicherheit am Arbeitsplatz hat einen viel höheren Stellenwert bekommen – auch über COVID-bezogene Gesundheitsfragen hinaus. Wir stellen fest, dass die Arbeit von Gesundheits- und Pflegekräften und anderen an vorderster Front tätigen Berufsgruppen mehr Anerkennung erfährt. Ebenso gibt es ein verstärktes Bewusstsein dafür, wie wichtig ein ausreichender Sozialschutz ist, insbesondere die soziale Absicherung im Krankheitsfall, Krankengeld und Arbeitslosenschutz. Die Technologie eröffnet Arbeitsmodalitäten, die bislang nicht machbar schienen und die nun ein größeres Maß an Flexibilität und eventuell auch an Nachhaltigkeit ermöglichen. In den einzelnen Ländern wird intensiv debattiert, wie sich die Krise am besten nutzen lässt, um die für einen nachhaltigen strukturellen Wandel erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, etwa um die Treibhausgasemissionen rasch zu senken, Ungleichheiten abzubauen und das Problem unsichtbarer und unbezahlter Pflegearbeit zu lösen. Dazu kommt das erhöhte Umweltbewusstsein in der Öffentlichkeit, das bereits vor Ausbruch der Krise sehr ausgeprägt war. All dies ist ein guter Anfang, doch wir müssen noch mehr tun.

Die Entscheidungen, die wir jetzt im Zusammenhang mit dem Weg aus der Krise treffen, werden für die heutigen und kommenden Generationen enorme Auswirkungen haben. Zunächst müssen wir anerkennen, dass die Erholung und die Verwirklichung der Ziele der Agenda 2030 und des Klimaübereinkommens von Paris am besten durch die Schaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeitsplätze für alle in einer umweltfreundlichen, inklusiven und krisenfesten Wirtschaft zu erreichen sind. Diese Gelegenheit dürfen wir nicht verstreichen lassen.

Die diesbezüglichen politischen Maßnahmen sollten auf Folgendes abzielen:

KASTEN 2: INITIATIVEN DES PRIVATSEKTORS

Weltweit ergreifen Unternehmen Maßnahmen, um die nachteiligen Auswirkungen der Corona-Krise einzudämmen und so zu gewährleisten, dass die finanziellen Folgen nicht zulasten der Rechte und des Wohls der in ihre Geschäftstätigkeiten und globalen Lieferketten eingebundenen Beschäftigten gehen.

1. In einem [Sonderaufruf des Globalen Pakts der Vereinten Nationen](#) wurden die führenden Kräfte der Wirtschaft weltweit aufgefordert, sich bei der Bewältigung der Krise von den Zehn Grundsätzen des Pakts leiten zu lassen.
2. [Aufruf zum Handeln in der Bekleidungsindustrie](#): Zusammenarbeit zwischen den Interessenträgern in der globalen Bekleidungsindustrie, um dem produzierenden Gewerbe dabei zu helfen, den durch die Corona-Pandemie verursachten Wirtschaftseinbruch zu überstehen, und um das Einkommen, die Gesundheit und die Arbeitsplätze der in der Bekleidungsindustrie Beschäftigten zu schützen (siehe die Liste der den Aufruf unterstützenden Organisationen).
3. [Gemeinsame Erklärung der Internationalen Arbeitgeberorganisationen und des Internationalen Gewerkschaftsbunds](#) zu COVID-19.
4. Arbeitgeber und Beschäftigte in bestimmten sozialen und wirtschaftlichen Bereichen haben [gemeinsame Erklärungen](#) abgegeben und [Handlungsaufrufe](#) gestartet, um die Beschäftigten zu schützen und die Unternehmen zu unterstützen.
5. Die Internationale Handelskammer hat eine [Kampagne zur Rettung der kleinen und mittleren Unternehmen](#) („SOS“ - Save our SMEs) gestartet, um die verheerenden Folgen von COVID-19 auf diese Unternehmen und ihre Beschäftigten hervorzuheben, wirksame politische und fiskalpolitische Gegenmaßnahmen auf internationaler und nationaler Ebene zu gewährleisten und kleinen und mittleren Unternehmen Ressourcen und Instrumente zur Bewältigung dieses wirtschaftlichen Schocks bereitzustellen.

6. Die Initiative Amfori hat für ihre Mitglieder Richtlinien für [verantwortungsvolle Einkaufspraktiken während der Corona-Krise](#) herausgegeben.

7. Das [„Programm für ethisches Spielzeug \(Ethical Toy Program“\)](#) des [Weltspielwarenverbands](#) (ICTI, International Council of Toy Industries) unterstützt den verantwortungsvollen Einkauf während der Corona-Krise durch eine Leitfaden mit Empfehlungen für vorbildliche Praktiken zur Steuerung der Risiken, zur Wahrung der Geschäftskontinuität und zum Schutz der Beschäftigten.

8. Die Responsible Business Alliance (Vereinigung verantwortungsvoller Unternehmen) hat ein [Ressourcenportal](#) eingerichtet, auf dem ihre Mitglieder aktuelle Informationen über Corona-bedingte Lieferkettenprobleme finden, auch im Zusammenhang mit verantwortungsvollen Praktiken in unternehmensinternen Lieferketten zum Schutz der Rechte und des Wohlergehens der Beschäftigten während der Pandemie.

9. Die Internationale Arbeitgeberorganisation mobilisiert derzeit ihr Netzwerk, um Informationen darüber zu sammeln, [was Unternehmens- und Arbeitgeberorganisationen tun](#), um ihre Mitglieder dabei zu unterstützen, Sicherheits- und Gesundheitsmaßnahmen umzusetzen, Produktivitätseinbußen durch Präventivmaßnahmen zu minimieren und Strategien zur Minderung finanzieller Verluste zu erarbeiten. Darüber hinaus bietet die Organisation ihren Mitgliedern einen Überblick über staatliche Initiativen zur Verringerung der wirtschaftlichen Belastung von Unternehmen und Leitlinien, die Unternehmen dabei helfen sollen, die Pandemie [zu überstehen und gestärkt aus der Krise hervorzugehen](#).

10. Das Weltwirtschaftsforum hat [Grundsätze für das Personalmanagement](#) herausgegeben, die den Personalvorständen und anderen Führungskräften der Wirtschaft als Leitfaden dienen sollen.

- **Soziale Sicherung:** Sozialschutzausgaben sollten nicht als Bürde oder Wohltätigkeit betrachtet werden, sondern als Investition in die Menschen. Daher sollten sie in den nationalen Haushaltsplänen verankert sein. Überbrückungsmaßnahmen sollten zu dauerhaften sozialen Sicherungsmechanismen ausgebaut werden, die allen zugutekommen und auf einer gerechten Kostenteilung zwischen Arbeitgebern, Beschäftigten und der Regierung beruhen.⁴⁶
- **Ein schnellerer Übergang zur Formalität.** Die COVID-19-Krise führt uns erneut vor Augen, dass der Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft in der nationalen Politik unbedingt Priorität erhalten muss. Die wirtschaftliche Erholung ist eine Notwendigkeit, reicht jedoch allein nicht aus, um den informellen Sektor zu reduzieren. Geeignete öffentliche Maßnahmen sind ebenso unerlässlich. Die Internationale Arbeitsorganisation hat dafür Leitlinien erarbeitet.⁴⁷
- **Schaffung von Arbeitsplätzen durch den ökologischen Umbau der Wirtschaft und Investitionen in natürliche Ressourcen.** Mit den richtigen Maßnahmen zur Förderung einer umweltfreundlicheren Wirtschaft können bis 2030 weltweit Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Einer Schätzung zufolge schaffen Projekte im Bereich erneuerbare Energien doppelt so viele Arbeitsplätze wie Investitionen in fossile Brennstoffe.⁴⁸ Diese Stellen können etwa durch die Einführung nachhaltiger Verfahren im Energiesektor wie Änderungen des Energiemixes, die Förderung der Nutzung von Elektrofahrzeugen und die Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden entstehen.⁴⁹ Auch durch ausgewogene Investitionen in unterschiedliche Formen nachhaltiger Infrastruktur und emissionsarme Baustoffe lässt sich die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen fördern.⁵⁰ Die Arbeitsplätze, die nachhaltige Nahrungsmittelversorgung, die Wasserversorgung und die Existenzgrundlagen armer Menschen hängen maßgeblich von der Produktionskapazität natürlicher Ressourcen ab. Daher sollte beim ökologischen Umbau der Wirtschaft auch in naturnahe, die Schaffung landwirtschaftlicher und nicht landwirtschaftlicher Arbeitsplätze umfassender Lösungen investiert werden. Darüber hinaus müssen wir verstärkt Kohlenstoff statt Löhne besteuern.
- **Investitionen in die Betreuungs- und Pflegewirtschaft.** Mit ausreichenden Ressourcen ausgestattete und gut funktionierende Gesundheits- und Pflegesysteme retten nicht nur Leben und machen die Wirtschaft widerstandsfähiger für den Fall künftiger Gesundheitskrisen, sondern sie bringen auch wirtschaftliche Vorteile⁵¹: Durch eine stärkere Ausrichtung der Pflege auf Qualität könnten gegenüber dem Stand von 2015 ganze 269 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu müssten 18,4 Billionen US-Dollar an öffentlichen und privaten Ausgaben in das Gesundheits- und Bildungssystem investiert werden.⁵² Zudem müsste das Arbeitsschutzmanagement in die Gesundheits- und Pflegesysteme integriert werden. Die Politik sollte gewährleisten, dass Pflegekräfte im Gesundheitswesen, darunter Hausangestellte und private Pflegekräfte, sowie im Bildungswesen, auch in der frühkindlichen Bildung, besser bezahlt werden und unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten, da dies eine Voraussetzung für hochwertige Pflege ist. Dazu gehört auch das Recht auf Kollektivverhandlungen und Vereinigungsfreiheit, da nur so bessere Löhne und Arbeitsbedingungen erzielt werden können. Mit beschäftigungspolitischen Maßnahmen sollte dafür gesorgt werden, dass unbezahlte Pflegearbeit anerkannt, verringert und umverteilt wird. Dazu bedarf es unter anderem

- aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, um unbezahlte Pflegekräfte auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen, sie wieder in die Erwerbsbevölkerung einzugliedern und ihre berufliche Entwicklung zu fördern. Die Anerkennung unbezahlter Pflegearbeit in der formellen Wirtschaft ist ebenso entscheidend. Damit würde der dafür aufgewendeten Arbeitszeit ein Wert beigemessen. Auf dieser Grundlage könnten Maßnahmen zur besseren Umverteilung und zur Verringerung dieser Tätigkeit erarbeitet werden, die wiederum die Gleichberechtigung fördern, die Beteiligung am formellen Arbeitsmarkt erhöhen und Einkommen schaffen würden.
- **Priorisierung von Qualifikationen und Arbeitsplätzen für junge Menschen:** Um zu verhindern, dass eine ganze Generation durch die vorübergehende Stilllegung des öffentlichen Lebens benachteiligt und in ihrer beruflichen Entwicklung langfristig beeinträchtigt wird, sollte sich die Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt- und Unternehmenspolitik explizit mit dieser Bevölkerungsgruppe befassen. Sie sollte sowohl auf junge Menschen ausgerichtet sein, deren Schulbildung und berufliche Bildung unterbrochen wurde, als auch auf diejenigen, die eine Ausbildung am Arbeitsplatz absolvieren (beispielsweise Lehrlinge), auf Berufsanfängerinnen und -anfänger, Arbeitslose, informell Beschäftigte und Unterbeschäftigte. Beispiele für konkrete Maßnahmen sind eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die auf branchenspezifische Prioritäten für die Wirtschaft in der Zeit nach COVID-19 abgestimmt ist, die Gewährleistung des Zugangs zu Bildung und Ausbildung für all jene, die derzeit davon ausgeschlossen sind, die Unterstützung derjenigen, die ihre Schulbildung, berufliche Bildung oder Ausbildung am Arbeitsplatz fortsetzen oder wiederaufnehmen, und die Förderung des Jugendunternehmertums. Werden junge Menschen in die Konzeption beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen einbezogen, führt dies zu besseren Ergebnissen für ihre Altersgruppe.
 - **Maßnahmen des Privatsektors mit besonderem Schwerpunkt auf Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen und öffentlich-privaten Partnerschaften.** Die Schaffung eines nachhaltigen Unternehmensumfelds und die Unterstützung der Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen werden für die Wirtschaftserholung entscheidend sein. Die gezielte Unterstützung der KKMU sollte auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Durch starke Lieferketten können sich kleine und mittlere Unternehmen und ihre Zulieferer gegenseitig unterstützen. Auch der Aufbau von Bündnissen zwischen großen und kleinen Unternehmen wird sehr wichtig sein. Die aktuelle Krise bietet ferner eine Chance zur Entwicklung innovativer Unternehmensmodelle wie Sozialunternehmen, inklusive Unternehmen und Impact Investing⁵³. Durch eine höhere Energie- und Ressourceneffizienz können Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität steigern. Die frühzeitige Nutzung der kreativen und finanziellen Ressourcen des Privatsektors wird den Erholungsprozess erleichtern. So könnten ab sofort öffentlich-private Partnerschaften geschlossen werden, um allen i) einen erschwinglichen Zugang zum Internet bereitzustellen und ii) bezahlbare, wirksame und effiziente „Cyberwallets“ und Zahlungsmethoden anzubieten.
 - **Nutzung neuer Technologien:** Der Strukturwandel erfordert die Nutzung neuer Technologien und sorgfältige Überlegungen zur Zukunft der Arbeit. Bei Investitionen in Technologie ist zu bedenken, dass wir auf dieser Grundlage eine Zukunft aufbauen wollen, in der der Mensch im Mittelpunkt steht. Dafür müssen wir die digitale Spaltung überwinden, in digitale Kompetenzen investieren und auf digitale Veränderungen vorbereitet sein. Mit Veränderungen geht auch die Verantwortung zur Regulierung einher, damit die Beschäftigten vor nachteiligen Nebeneffekten geschützt werden. So setzt eine gut geregelte Telearbeit voraus, dass das Recht auf Nicht-

erreichbarkeit, das Recht auf ein gutes und sicheres Arbeitsumfeld und der Schutz der Daten der Beschäftigten gewahrt werden.

- **Spezifische Maßnahmen für stark betroffene Wirtschaftszweige und Strukturwandel.**

Aus einer Analyse der Internationalen Arbeitsorganisation zu den Auswirkungen der Pandemie auf zehn verschiedene Wirtschaftszweige⁵⁴ geht hervor, dass die gezielte Unterstützung sektorspezifischer Strategien verstärkt werden und mit einer nachhaltigen Industriepolitik Hand in Hand gehen sollte, und zwar in Abstimmung mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden.⁵⁵ Sektorspezifische Maßnahmen können die vermehrte Beschäftigung von Frauen in Wirtschaftszweigen mit hoher Produktivität unterstützen und damit zum Abbau der Geschlechtertrennung beitragen. Im Hinblick auf den Strukturwandel ist die Landwirtschaft einer der zentralen Bereiche, auf die wir uns konzentrieren sollten: Die dauerhafte Funktionsfähigkeit der globalen und nationalen Nahrungsmittelversorgungsketten ist für die Gewährleistung unserer Nahrungsmittelversorgung und Verhinderung einer Nahrungsmittelkrise entscheidend. Da die meisten der armen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft arbeiten, ist es für die Bekämpfung der weltweiten Armut entscheidend, dass menschenwürdige Erwerbsmöglichkeiten geschaffen und zugleich die Sicherheits- und Gesundheitsstandards eingehalten werden.⁵⁶

- **Gezielte Maßnahmen für stark betroffene Gruppen.** Viele der bereits ergriffenen Maßnahmen erreichen die schwächsten Bevölkerungsgruppen nur bedingt⁵⁷. Es bedarf einer gezielten Beschäftigungspolitik. So haben sich etwa öffentliche Beschäftigungsprogramme und Beschäftigungsgarantien bewährt, um gefährdete Beschäftigte zu erreichen, einschließlich der in der informellen Wirtschaft Tätigen. Auch lokale, gemeinwesengestützte Initiativen

sind geeignet, schnell Ergebnisse zu erzielen und besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Feste Lohnuntergrenzen können den am stärksten betroffenen Gruppen helfen und eine Lohndeflation verhindern.

Maßnahmen auf globaler Ebene

Neben den Interventionsmaßnahmen auf der Makroebene muss das multilaterale System die Länder durch Politikberatung unterstützen und dabei Politikkohärenz gewährleisten und internationale Parameter für einen Erholungsprozess festlegen, bei dem die Beschäftigung im Mittelpunkt steht. Es muss auf globaler Ebene darauf hingewirkt werden, dass Märkte und Grenzen offenbleiben. Dafür muss die Handels- und Investitionspolitik auf regionaler Ebene koordiniert werden. Ebenso gilt es, gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, um die bilateralen und regionalen Handels- und Investitionsabkommen inklusiver und beschäftigungsfreundlicher zu gestalten. Ein koordiniertes Vorgehen ist auch notwendig, um finanzpolitische Fehlentwicklungen zu beseitigen, die die nationalen Haushalte belasten, wie etwa Verrechnungspreise, Steuerparadiese, die Subventionierung fossiler Brennstoffe und Steuerumgehung, sowie um eine Strategie für eine gerechte und zukunftsfähige Regelung der digitalen Wirtschaft zu entwickeln. Verfügen Länder, die in einer Konfliktsituation oder aus anderen Gründen extrem instabil sind, nicht über die nötigen Mittel für politische Interventionen, ist internationale Solidarität gefragt, um den Bedürftigsten mehr als nur humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Die Landesteams der Vereinten Nationen leisten derzeit bereits Unterstützung in Bezug auf gemeinsame Daten und Analysen sowie Politik- und Programmkonzeption.

Schlussfolgerungen

Die Zukunft, die wir wollen, erreichen wir durch die Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten. Das wird nur mit den richtigen Maßnahmen gelingen, die auf den bestehenden normativen Rahmenwerken aufbauen sollten. So kann sich die Politik an der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, dem Übereinkommen von Paris über Klimaänderungen und der Erklärung zum hundertjährigen Bestehen der Internationalen Arbeitsorganisation für die Zukunft der Arbeit orientieren. In der Vielzahl internationaler Arbeitsnormen⁵⁸ zu Beschäftigung, Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, Sozialschutz, Lohnschutz, zur Förderung von Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen oder zur Zusammenarbeit am Arbeitsplatz finden sich spezifische Richtlinien für politische Maßnahmen, die einen am Menschen orientierten Ansatz für die Bewältigung der Krise und für die Wirtschaftserholung fördern würden.

Außerdem müssen sich politische Maßnahmen auf verlässliche und einschlägige Analysen und Beweise stützen. Damit die Länder diesen evidenzbasierten Ansatz verfolgen können, müssen sie ihre Datenerhebung ausbauen und die Qualität der Daten erhöhen.

Der Sozialdialog hat sich als wirksames Mittel erwiesen, um die konkreten Bedingungen und Bedürfnisse auf lokaler Ebene zu ermitteln. Er regt auch innovative und kreative Lösungen an. Bei einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz sollten alle Interessenträger ein Mitspracherecht haben, wenn die Parameter für eine nachhaltige Aufwärtsentwicklung vereinbart werden.

Wir können nicht zu der Welt zurückkehren, wie sie vor der Krise war. Und es genügt nicht, sie besser wiederaufzubauen. Die Wiederherstellung der Weltwirtschaft erfordert grundlegendere Veränderungen und einen tieferen Wandel. Um dem Bedarf an Arbeitsplätzen und Existenzgrundlagen von Millionen von Menschen gerecht zu werden, muss eine Balance zwischen dem sozioökonomischen und dem ökologischen System hergestellt, in Qualifikationen, Infrastruktur und Technologie investiert, eine Wende hin zu einer stärker am Menschen orientierten und inklusiveren Digitalisierung mit fiskalischen und weiteren Mitteln gefördert und vermehrt in die Betreuungs- und Pflegewirtschaft sowie in eine umweltfreundlichere und stärker gleichberechtigte Wirtschaft für alle investiert werden.

Anmerkungen

- 1 IAO, 2020. [International Labour Organization \(ILO\) COVID-19 Monitor, 4. Ausgabe, 27. Mai 2020.](#)
- 2 IAO, 2020. [International Labour Organization \(ILO\) COVID-19 Monitor, 2. Ausgabe, 7. April 2020.](#)
- 3 IAO, 2020. [The COVID-19 response: Getting gender equality right for a better future for women at work.](#)
- 4 ILOSTAT, <https://ilostat.ilo.org/>
- 5 ILOSTAT, <https://ilostat.ilo.org/>
- 6 ILOSTAT, <https://ilostat.ilo.org/>
- 7 IGB, 2019. Der Globale Rechtsindex des IGB.
<https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/2019-06-ituc-global-rights-index-2019-report-de.pdf>
- 8 Dieses Kurzdossier ist Teil einer Reihe von Dossiers zu verschiedenen Themen, die im Zusammenhang mit COVID-19 von weltweiter Bedeutung sind. Dazu zählen Themen- und Regionaldossiers mit ergänzenden Daten und Analysen. Siehe <https://www.un.org/en/coronavirus/un-secretary-general>
- 9 Weiterführende Daten zur Arbeitswelt vor COVID-19 finden sich in dem Bericht der IAO mit dem Titel *World Employment and Social Outlook - Trends 2019*
https://www.ilo.org/global/research/global-reports/weso/2019/WCMS_670542/lang--en/index.htm
- 10 ILOSTAT, <https://ilostat.ilo.org/>
- 11 IAO, 2020. [International Labour Organization \(ILO\) COVID-19 Monitor, 4. Ausgabe, 27. Mai 2020.](#)
- 12 Verweis: Vereinte Nationen, Disability and Development Report, Realizing the Sustainable Development Goals by, for and with persons with disabilities (Bericht über Behinderung und Entwicklung: Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung durch, für und mit Menschen mit Behinderungen), 2018
<https://www.un.org/development/desa/disabilities/publication-disability-sdgs.html>
- 13 IAO, 2019, [Erklärung zum hundertjährigen Bestehen der IAO für die Zukunft der Arbeit](#)
- 14 Vereinte Nationen. 2020. [Gemeinsame Verantwortung, globale Solidarität: Bewältigung der sozioökonomischen Auswirkungen von COVID-19](#); Vereinte Nationen, 2020. Kurzdossiers: The Impact of COVID 19 on [Women](#), [People with disabilities](#), [Older people](#), und „COVID-19 und Menschen unterwegs“.
- 15 [UNDP, 2020, COVID-19 and Human Development: Assessing the Crisis, Envisioning the Recovery.](#)
- 16 Weltbank, 2020. [The impact of COVID-19 \(Coronavirus\) on global poverty: Why Sub-Saharan Africa might be the region hardest hit.](#)

- 17 IAO, 2020. [International Labour Organization \(ILO\) Monitor: COVID-19 and the world of work, 1. Ausgabe, 18. März 2020.](#)
- 18 IAO, 2020. [Die Auswirkungen von COVID-19 auf den Tourismussektor.](#)
- 19 IAO, 2020. [Die Auswirkungen von COVID-19 auf den Tourismussektor.](#)
- 20 ILOSTAT, <https://ilostat.ilo.org/>
- 21 IAO, 2020. [Die COVID-19-Krise und die informelle Wirtschaft: Sofortmaßnahmen und grundsatzpolitische Herausforderungen.](#)
- 22 IAO, 2018. [Care work and care jobs for the future of decent work.](#)
- 23 IAO, 2020. [Women health workers: Working relentlessly in hospitals and at home.](#)
- 24 OECD 2020. [SME Policy Responses.](#)
- 25 OECD 2020. [SME Policy Responses.](#)
- 26 IAO, 2020. [International Labour Organization \(ILO\) Monitor: COVID-19 and the world of work, 3. Ausgabe, 29. April 2020.](#)
- 27 Einfacher Durchschnitt des Anteils an der Gesamtwertschöpfung pro Wirtschaftszweig.
- 28 IAO, 2020. [International Labour Organization \(ILO\) Monitor: COVID-19 and the world of work, 3. Ausgabe, 29. April 2020.](#)
- 29 IAO. 2019. [Small Matters, global evidence on the contribution to employment by the self-employed, micro-enterprises and SMEs.](#)
- 30 UNDP, 2020. [UNDP Briefing Note Gender COVID-19. April 2020.](#)
- 31 IAO, 2020. [International Labour Organization \(ILO\) Monitor: COVID-19 and the world of work, 4. Ausgabe, 27. Mai 2020.](#)
- 32 Vereinte Nationen, 2020. [The Impact of COVID-19 on Older Persons.](#)
- 33 ILOSTAT, <https://ilostat.ilo.org/>
- 34 IAO, 2018. [Social protection for older persons: Policy trends and statistics 2017–19](#) und IAO, 2017. [World Social Protection Report.](#)
- 35 IAO, 2020. [Protecting migrant workers during the COVID-19 pandemic: Recommendations for Policy-makers and Constituents](#); Kurzdossier der Vereinten Nationen „COVID-19 und Menschen unterwegs“.
- 36 IAO, 2020. [Protecting migrant workers during the COVID-19 pandemic: Recommendations for Policy-makers and Constituents.](#)
- 37 IAO, 2020. [Beyond contagion or starvation: Giving domestic workers another way forward.](#)
- 38 Vereinte Nationen, Schreiben des Generalsekretärs an die G-20, 23. März 2020, <https://www.un.org/sg/en/content/sg/note-correspondents/2020-03-24/note-correspondents-letter-the-secretary-general-g-20-members>
- 39 IWF, 2020. [Tracking the \\$9 Trillion Global Fiscal Support to Fight COVID-19.](#)

- 40 IAO, 2020. [Social Protection Responses to the COVID-19 Pandemic in Developing Countries: Strengthening Resilience by Building Universal Social Protection.](#)
- 41 IAO, 2020. [COVID-19 verschärft soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten.](#)
- 42 IAO, 2020. [Sickness Benefits during Sick Leave and Quarantine: Country Responses and Policy Considerations in the Context of COVID-19.](#)
- 43 IAO, 2020. [Social Dialogue and the Future of Work.](#)
- 44 IAO, 2020. [International Labour Organization \(ILO\) COVID-19 Monitor, 4. Ausgabe, 27. Mai 2020.](#)
- 45 [ILO Employment and Decent Work for Peace and Resilience Recommendation, 2017 \(Nr. 205\).](#)
- 46 IAO, 2020. [Die COVID-19-Krise und die informelle Wirtschaft: Sofortmaßnahmen und grundsatzpolitische Herausforderungen.](#)
- 47 [Empfehlung der IAO betreffend den Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft, 2015 \(Nr. 204\); IAO, 2020. Die COVID-19-Krise und die informelle Wirtschaft: Sofortmaßnahmen und grundsatzpolitische Herausforderungen.](#)
- Der soziale Dialog ist entscheidend für diesen Prozess. Für weitere Angaben siehe: IAO, 2020. [Social Dialogue for the Transition from the Informal to the Formal Economy.](#)
- 48 Aus der kürzlich von der Universität Oxford und führenden Ökonomen veröffentlichten Studie „Will COVID-19 fiscal recovery packages accelerate or retard progress on climate change?“ geht hervor, dass Projekte im Bereich erneuerbare Energien doppelt so viele Arbeitsplätze pro US-Dollar schaffen wie Investitionen in fossile Brennstoffe.
- 49 IAO, 2018. [World Economic and Social Outlook 2018: Greening with Jobs.](#)
- 50 2013 schätzte das McKinsey Global Institute in einer Analyse, dass durch eine Erhöhung der Infrastrukturinvestitionen um 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Indien 3,4 Millionen, in den Vereinigten Staaten 1,5 Millionen, in Brasilien 1,3 Millionen und in Indonesien 700.000 zusätzliche direkte und indirekte Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.
- 51 IAO, 2020. [COVID-19 und der Gesundheitssektor.](#)
- 52 IAO, 2018. [Care work and care jobs for the future of decent work.](#)
- 53 Mit der kürzlich eingerichteten *COVID Response Alliance for Social Entrepreneurs* (Vereinigung sozialer Unternehmen zur Bekämpfung von COVID) erkannte das Weltwirtschaftsforum die Rolle sozialer Unternehmen bei der Bekämpfung der Pandemie an – von der Bereitstellung von E-Learning-Lösungen in ländlichen Gemeinschaften hin zu kostengünstigen Solaranlagen für die ärmsten Bevölkerungsgruppen.
- 54 IAO, 2020. COVID-19: [Antworten im sozialen und wirtschaftlichen Bereich; Sectoral impact, responses and recommendations.](#)
- 55 IAO, 2020. [COVID-19: Joint statements and calls for action to fight COVID-19 by employers and workers in specific sectors.](#)
- 56 IAO, 2020. [COVID-19 und die Auswirkungen auf die Landwirtschaft und Ernährungssicherheit.](#)
- 57 IAO, 2020. [ILO Standards and COVID-19.](#)
- 58 IAO, 2020. [ILO Standards and COVID-19.](#)